

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint Wertags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2466. — Stadtdirektion Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 35 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 70 Pf., unter Berücksichtigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellenangebote. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsstelle von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.  
Verantwortlich für die Redaktion: J. B. Dr. Fritz Klauber in Dresden.

Nr. 142

Dresden, Freitag, 21. Juni

1929

## Auch der Youngplan übersteigt die wirtschaftliche Tragfähigkeit Deutschlands.

Kaßl spricht im Reichsverband der Deutschen Industrie.

Berlin, 21. Juni.  
In der gestrigen Vorstandssitzung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hielt Geheimrat Kaßl ein ausführliches Referat über die Pariser Sachverständigenkonferenz.  
Geheimrat Kaßl schilderte zunächst den Verlauf der Konferenz und stellte fest, daß sie sich nicht ausschließlich von finanziellen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten hat leiten lassen. Außerdem stellt er ausdrücklich fest, daß seitens der deutschen Regierung auf die Sachverständigen zu keiner Zeit irgendeine Einwirkung versucht worden ist.  
Er verglich darauf den Dawesplan mit dem Youngplan. Im Gegensatz zum Dawesplan sind die deutschen Zahlungen zeitlich und in ihrer Höhe begrenzt. Außerdem sind die Zahlungen für die ersten zehn Jahre so niedrig wie möglich gehalten.  
Er besprach weiter die Aufgaben der internationalen Bank und streifte die Frage der Sachlieferungen und Liquidation deutschen Eigentums.  
An den Vortrag schloß sich keine Aussprache. Es wurde ein Redaktionsausschuß eingesetzt, der einen Bericht abfassen soll, in dem der deutsche Abordnung der Dank ausgesprochen wird. Außerdem soll in dem Bericht festgelegt werden, daß auch der Youngplan über die Tragfähigkeit der deutschen Wirtschaft hinausgeht und daß der Reichsverband der Deutschen Industrie sich über die wirtschaftliche finanzielle Seite des Youngplans erst äußern wird, nachdem die Entscheidung der politischen Körperschaften vorliegt.

## Dr. Stresemann wieder in Berlin.

Berlin, 21. Juni.  
Reichsaußenminister Dr. Stresemann traf gestern abend von Paris kommend in Begleitung der Staatssekretäre Dr. Schubert und Dr. Wünder, sowie von anderen Herren der Delegation von der Wadibier Konferenz in Berlin ein. Am Freitag wird der Minister dem Kabinett über die Wadibier und Pariser Verhandlungen Bericht erstatten.

## Der Besuch Macdonalds in Washington.

Washington, 21. Juni.  
In den Verhandlungen zwischen Macdonald und Tamm tritt die Frage der Seeabräufung gegenwärtig von den Erörterungen über den vorgesehene Besuch des britischen Premier in Washington zurück. Gut informierte Kreise rechnen mit größter Bestimmtheit mit dem Eintreffen Macdonalds. Staatssekretär Stimson hatte mit dem britischen Botschafter Sir Esme Howard eine Unterredung betreffend der Londoner Neben; sie wogerten sich jedoch, dieselben zu kommentieren.

## Amerikanischer Bericht über die deutsche Wirtschaft.

Mertliche Besserung der Verhältnisse.

New York, 21. Juni.  
Aus Washington wird gemeldet: Der Bericht des amerikanischen Handelsattachés in Berlin, Hillport, an das Handelsamt erklärt, daß sich im Gegensatz zu den akut unangünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen, die in Deutschland Ende April herrschten, die Aussichten kurzzeit merklich gebessert hätten.

Der Erfolg der Reparationsverhandlungen in Paris habe wesentlich zur Wiederherstellung des Vertrauens beigetragen und das Haupthindernis auf dem Wege der weiteren Entwicklung beseitigt.

Die gegenwärtig günstigeren Tendenzen einer Besserung der Lage der deutschen Industrie spiegeln sich in dem hohen Niveau der Kohlen- und Stahlproduktion, im regen Güterwagenverkehr, in der Reformausfuhr von Fertigwaren und dem Rückgang der Arbeitslosigkeit wider.

## Die Industrie zum landwirtschaftlichen Notprogramm

Berlin, 21. Juni.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat in seiner gestrigen Sitzung im Reichswirtschaftsrat zu dem Notprogramm der Landwirtschaft in einer Entschließung Stellung genommen, die folgende Punkte enthält:

1. Die Industrie erkennt die schwere Rolle der Landwirtschaft an. Alle Mittel, die mit den Interessen der Gesamtwirtschaft zu vereinbaren sind, müssen angewandt werden, um die Rentabilität der Landwirtschaft wieder herzustellen.

2. Die Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Rentabilität muß auf Wegen gesucht werden, die den Bestand und die Erweiterung unserer Kulturländer nicht gefährden.

3. Wenn der Reichsverband der Deutschen Industrie demnach eine grundlegende Veränderung der Zollpolitik nicht befürworten kann, so hält er doch zur Abwehr von Stützpunkten eine ausreichende Zollserhöhung für Getreide für unentbehrlich.

Auch einer Angleichung der Viehzölle an die Fleischzölle ist grundsätzlich zugestimmt. Höhere Übergangszölle für Moltereizeugnisse können nur unter der Voraussetzung in Betracht kommen, daß sie unsere Handelsbeziehungen zu den bisherigen Einfuhrländern nicht ernstlich gefährden. Sollte durch die notwendigen Zollserhöhungen eine Verteuerung der Lebenshaltung eintreten, so hält diese sich nach sorgfältiger Berechnung in einer Höhe, daß sie bei der Größe des Geldes von den anderen Bevölkerungsteilen hingenommen werden muß.  
4. Daneben sollte eine Senkung der landwirtschaftlichen Selbstkosten durch Steuererleichterungen und Zinsbeihilfen umgehend durchgeführt werden.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen können von der Industrie nur dann befürwortet werden, wenn unverzüglich zur Besserung der wirtschaftlichen Lage der deutschen Landwirtschaft wirksame Mittel durchgesetzt werden.

Gleichermaßen ist auf die Erhaltung der Qualität der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und eine Verbesserung der Absatzorganisation, ferner auf die Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Unterrichtswesen und die Pflege der wissenschaftlichen Forschung das Hauptgewicht zu legen.

5. Eine öffentliche Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Produkte ist abzulehnen, weil sie notwendig zu steigenden gewerblichen und parlamentarischen Inzestiven in die Wirtschaft und schließlich zur Zwangswirtschaft führt.

## Abschluß des Reichskredits.

Wie übereinstimmend gemeldet wird, ist der Auslandskredit des Reiches zum Abschluß gelangt. Es handelt sich bekanntlich um

50 Millionen Dollar.

Verzinsung und Laufzeit sind noch unbekannt. Amerikanische Geldgeber sind, wie bekannt, hauptsächlich die Firmen Dillon, Read & Co., sowie Harris Forbes. Das deutsche Konsortium, das den Kredit vermittelt hat, besteht nach den Mitteilungen aus der Deutschen Bank, der Reichskreditgesellschaft und Wendelsjohn & Co., Berlin.

## Der Streit um die Arbeitslosenversicherung.

Protestschreiben des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei.

Berlin, 21. Juni.  
Die Reichstagsfraktionen des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei haben an den Reichskanzler Müller ein Schreiben gerichtet, in dem gegen das Vorgehen einzelner Regierungsparteien in der Arbeitslosenversicherung eingeklagt wird, unter Bezugnahme auf die bei der Regierungsbildung eingegangenen Koalitionsverpflichtungen.  
Sie beantragen, unverzüglich eine Besprechung der Fraktionsführer unter Zugiehung der sozial-

## Einnahmen und Ausgaben 1928 im Reich.

Berlin, 21. Juni.

Nach Mitteilung des Reichsfinanzministeriums betragen im Rechnungsjahr 1928 (in Millionen Reichsmark) im

a) ordentlichen Haushalt die Einnahmen 9757,5, dazu Bestand aus dem Vorjahr 320,1, Einnahmen insgesamt 10 277,6; die Ausgaben 10 231,1, mithin Mehreinnahmen 46,5.

Zur Deckung der am Schluß des Rechnungsjahres 1928 noch unbeglichenen Restausgaben (abzüglich der Resteinnahmen) sind erforderlich 200,3 Mill. RM, ergibt Reihbetrag im ordentlichen Haushalt 154,4 Mill. RM;

b) außerordentlichen Haushalt Einnahmen insgesamt 216,8, Ausgaben insgesamt 656,0, dazu der Vortrag aus dem Vorjahr 465,3, Summe der Ausgaben 1121,3, mithin Mehrausgabe 904,5.

Das Jahresbilanz war veranlagt im ordentlichen Haushalt für die Einnahmen mit 9729,8, die Ausgaben mit 10 243,9, im außerordentlichen Haushalt die Einnahmen mit 870,4, die Ausgaben mit 401,4.

Zur Deckung der am Schluß des Rechnungsjahres 1928 noch unbeglichenen Restausgaben (abzüglich der Resteinnahmen) sind erforderlich 73,3 Mill. RM. Aus späteren Einnahmen des außerordentlichen Haushalts bleiben noch zu decken 977,8 Mill. RM, insgesamt Mehrausgabe 132,2 Mill. RM.

Nach dem Ausweis des Reichsfinanzministeriums stellte sich (in Mill. RM) die Reichsfinanzen wie folgt:

auf Reichsmark (Goldmark) lautende Schuld am 31. Dezember 1928 6534,3, am 31. März 1929 707,8, auf fremde Währung lautende Schuld am 31. Dezember 1928 878,9, am 31. März 1929 877,1 Gesamtschuld am 31. Dezember 1928 7708,2, am 31. März 1929 7947,9. Die sich ergebenden Schulden betragen am 28. Februar 1929 830,3, am 31. März 1929 990,0.

politischen Sachverständigen der Fraktionen einzu-berufen mit dem Ziel, den Weg zu gemeinsamen Vorgehen der Regierungsparteien in der Arbeitslosenversicherungfrage noch vor der Sommerpause des Reichstages zu finden.

## Luftschuttagung in München.

Am Donnerstagvormittag trat in München der Deutsche Luftschutz e. V. mit einer ersten Tagung an die Öffentlichkeit. Hierzu hatten sich zahlreiche Gäste eingefunden. Der Justizminister Dr. Winter übertrug die Grüße der bayerischen Staatsregierung. Der Präsident der Vereinigung, Generalleutnant a. D. v. Altrich, sprach über den Stand der Luftschuttbewegung. Über die militärischen Abwehrmöglichkeiten referierte Major a. D. Großkreuz-Potkdam. Der nächste Redner, Stadtschulrat Dr. Albert Gut-München versuchte ein Sondartheater Lichtbild die Frage zu lösen, inwieweit die Bestrebungen, die bei der neuzeitlichen Stadtplanung richtunggebend sind, den Forderungen des Luftschutzes nahekommen. Als letztes Referat des ersten Verhandlungstages folgte ein Vortrag des Leiters der Hauptverwaltung des Bundes Deutscher Architekten Prof. Dr.-Ing. Siedler, Berlin über „Moderne Bauweisen und Luftschutz“.

## Das Schicksal des Saargebietes.

Die Frage, was aus dem Saargebiet werden soll, gehört zu den wichtigsten Problemen der deutschen Außenpolitik. Die Ereignisse der letzten Zeit haben bewiesen, daß sich die Politik Frankreichs weder in der Frage der Rheinlandräumung noch in der Frage des Saargebietes wesentlich geändert hat. Auch ist man über einige unverbindliche Besprechungen nicht hinausgekommen.

Es ist bekannt, daß Frankreich keine Mittel scheut, um die rein deutsche Saarbevölkerung, die von Frankreich im Jahre 1935 genau so wenig wird wissen wollen wie heute, den französischen Assimilationsbestrebungen zugänglich zu machen. Wichtiger sind konkrete Erwägungen über die nächste Zukunft des Saargebietes, zumal diese Erwägungen durch die Ausfaltung des Problems der Rheinlandräumung besonders aktuell geworden sind. Im vorigen Herbst schrieb der französische Journalist Perrinac wörtlich: „Wird das Rheinland frei, dann fällt das Land an der Saar wie eine reife Frucht in das deutsche Reich.“ Diese Auffassung, die das Rheinlandproblem mit der Saarfrage verknüpft, steht allerdings zu der gegenwärtigen Politik des französischen Außenministers im Widerspruch, der sich darauf beruft, daß das Saarland unter der Garantie des Völkerbundes stehe und den Saarländern Gelegenheit gegeben werden müsse, im Jahre 1935 über die politische Zukunft des Gebietes abzustimmen. Briand stellt sich also auf den Standpunkt, daß eine vorzeitige Liquidation des Saargebietes eine Änderung des Versailler Vertrages in sich schließen würde, wobei er bemerkt über- sichtlich, daß das neue Reparationsabkommen die Bestimmungen des Friedensvertrages in mehr als einem Punkte modifiziert. Es ist klar, daß Briand, wenn er sich in der Beurteilung der Saarfrage auf den formaljuristischen Gesichtspunkt zurückzieht, von machtpolitischen Bedenken beherrscht ist, die nur darauf ausgehen, den französischen Einfluß in Deutschland zu festigen.

Eine Hauptquelle des Widerstandes gegen eine Abkehrung der Prinzipien des Saargebietes sind die künstlich herbeigeführten Wirkungen der Eingliederung der Saar in das französische Zollgebiet. Der französischen Wirtschaft hat diese Eingliederung eine Ausfuhr von industriellen und landwirtschaftlichen Produkten in das Saargebiet verschafft, die auf 200 Millionen Mark geschätzt wird. Eine sehr bedeutende wirtschaftliche Transaktion bei der Aufhebung des Autarkieregimes für die Saar wird schließlich der Rücklauf der dem französischen Staat übertragenen Saargruben sein, deren Kapitalwert von den Franzosen mit 3000 Mill. M. beziffert werden. Hier muß besonders darauf hingewiesen werden, daß der Ertrag, den die französische Verwaltung aus den Gruben gezogen hat, mit mehr als 110 Mill. Franken heute schon weit über dem durch die Herstellung der nordfranzösischen Gruben verursachten Produktionsausfall von 90—100 Mill. Franken liegt, der durch die Abtretung der Gruben wettgemacht werden sollte. Die wirkliche Lage ist also so, daß Frankreich keinen einzigen vernünftigen Grund angeben kann, um die Ansprüche auf seinen Einfluß im Saargebiet zu rechtfertigen. Nicht nur kulturell, sondern auch wirtschaftlich ist das Saargebiet mit Deutschland untrennbar verbunden.

## Der Prozeß Roos.

Genève, 21. Juni.  
Im Prozeß Roos wurde im Verlauf der gestrigen Sitzung eine ganze Reihe einschlägiger Parlamentarier vernommen, die sich samt und sonders dagegen verwahrten, daß der Autonomismus mit dem Separatismus in einen Topf geworfen werde. Zu einem Konflikt zwischen dem Vertreter der Anklage und der Verteidigung kam es, als der Generalstaatsanwalt die Absicht kundgab, die Verhandlung auf Montag zu verlegen, um den offiziellen Finanzsachverständigen über die Geschäfte des Bankiers Lind in Straßburg zu hören. Man einigte sich jedoch schließlich darauf, auf die Vernehmung des Sachverständigen zu verzichten, so daß die Beendigung des Prozesses, wie wir bereits gestern meldeten, am Sonnabend nicht mehr gefährdet ist.